

Stellungnahme der herausgebenden Institute / Vorstellung auf der Bundespressekonferenz

Friedensgutachten 2020 \ Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa

Die Auswirkungen der Corona-Epidemie auf den globalen Frieden sind alarmierend:

- In vielen Konfliktgebieten, etwa in Afghanistan, Mali oder am Tschadsee, verschärft sich die Sicherheitslage und bricht neue Gewalt aus. Militär und Polizei ziehen sich aus der Fläche zurück, während dschihadistische und lokale Milizen auf dem Vormarsch sind. Eine Folge sind neue, dramatische Fluchtbewegungen. Der Aufruf des UN-Generalsekretärs António Guterres zu einem globalen Waffenstillstand hat wenig daran geändert: In Libyen, Syrien oder Jemen gehen die Kampfhandlungen – trotz der Ausbreitung von Corona – unvermindert weiter.
- Im Zuge von Pandemie-Schutzmaßnahmen können zudem UN-Friedensmissionen in vielen Konfliktregionen nur noch sehr eingeschränkt operieren. Waffenstillstände und zivile Schutzräume können kaum mehr gewährleistet werden.
- Auch Friedensverhandlungen – etwa in Afghanistan – kommen wegen Corona nahezu zum Erliegen. Die weltweite Krisendiplomatie kocht auf Sparflamme. Israels angekündigte Annexion von Teilen des Westjordanlands droht, die Lage im Mittleren Osten eskalieren zu lassen.
- Zugleich verursachen oder verstärken Corona-Schutzmaßnahmen gerade in den ärmsten Ländern dieser Erde neue Verwerfungen. Das Welternährungsprogramm fürchtet eine Verdoppelung der Zahl der Hungernden in der Welt.
- Schließlich steht die Zukunft der Rüstungskontrolle auf dem Spiel. Mit der Corona-bedingten Verschiebung der 10. Überprüfungskonferenz des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) schließt sich ein wichtiges Zeitfenster der nuklearen Rüstungskontrolle. Dies kann für die Proliferation von Nuklearwaffen dramatische

Folgen haben. Der New-Start-Vertrag zwischen den USA und Russland läuft im kommenden Februar aus.

Wie dieser kursorische Überblick verdeutlicht, lassen sich bereits gegenwärtig konkrete negative Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die weltweite Friedenspolitik benennen. Unter dem Titel „Im Schatten der Pandemie. Letzte Chance für Europa“ **fordert das Friedensgutachten 2020, dass sich die Bundesregierung intensiv für die friedliche Überwindung von Gewaltkonflikten einsetzen muss.**

Grundsätzlich begrüßen wir die Konjunkturpakete der Bundesregierung und der Europäischen Union, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie in Europa in den Griff zu bekommen. Diese werden friedenspolitisch allerdings verpuffen, wenn sie nicht durch ein globales Konjunktur- und Kooperationspaket flankiert werden. Wenn es nicht gelingt, den internationalen Handel wieder anzukurbeln und die Verelendung großer Bevölkerungsteile in Ländern des Globalen Südens zu verhindern, sind alle innerstaatlichen Programme zum Scheitern verurteilt. Denn Corona endet nicht an den europäischen Außengrenzen. Eine globale Pandemie braucht globales Handeln – in der Reichweite und im Design. Hier sehen wir vier Felder:

1. Konjunktur- und Kooperationspaket für Länder des globalen Südens

Soziale Ungleichheiten verschärfen sich infolge der Corona-Pandemie. Die gesellschaftlich Abgehängten leiden am stärksten unter den Folgen des Lock-Downs. Sie sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen; sie verfügen kaum über Zugänge zu Gesundheitssystemen und sie befinden sich in einem alltäglichen Überlebenskampf. Die Hauptlast der Corona-Krise tragen die Länder des Südens, deren Wirtschaftssysteme weiter unter Druck geraten. Hier drohen drastische sozioökonomische Verwerfungen, politische Unruhen und Gewaltkonflikte. Allerdings – so unsere Erkenntnis – werden viele dieser politischen Umbrüche infolge von Corona erst in Monaten oder Jahren virulent werden. **Das Friedensgutachten fordert daher die Europäische Union und die Bundesregierung auf, ihre Anstrengungen in der Friedensförderung und Konfliktbewältigung mit einem langen Atem zu intensivieren. Neben der Stärkung der medizinischen und sozialen Infrastruktur müssen wirtschaftspolitische Konditionalitäten und Umschuldungsmaßnahmen für die Länder des Südens gelockert sowie ein koordiniertes Konjunktur- und Kooperationspaket aufgelegt werden.** Die Team Europe-Initiative könnte dafür der Nukleus sein. Zentral ist es, die

internationalen Organisationen zu stärken. Sie bilden die technische und organisatorische Infrastruktur globalen Handelns. Das *blame game* der vergangenen Monate muss aufhören und stattdessen in multilaterale Institutionen investiert werden, damit sie ihre Aufgaben nachhaltig wahrnehmen können.

2. Politische Lösung für Syrien vorantreiben

Im Schatten der Pandemie gerieten viele Kriegsschauplätze aus dem Blickfeld. In den Kriegen der Gegenwart interessiert diejenigen das Virus nicht, die den Konflikt zu ihren Gunsten entscheiden wollen: In Idlib, im Jemen oder im Südsudan wird nicht getestet oder behandelt, nur weiterverbreitet und gestorben. Der Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten ist in Corona-Zeiten noch prekärer geworden. **Das Friedensgutachten fordert die Europäische Union und die Bundesregierung konkret auf, eine politische Lösung des Konflikts in Syrien mit größerem Engagement anzustreben. Die langfristige Sicherstellung der grenzüberschreitenden humanitären Hilfe stellt hierfür einen wichtigen ersten Schritt dar.** Ähnliches gilt für die Gewaltkonflikte in Afghanistan, Somalia, Kongo, Jemen oder Mali.

3. Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln evakuieren

In Ostafrika, im Mittleren Osten und in Südasien erleben wir, dass Corona bestehende humanitäre Notlagen, die durch Gewaltkonflikte, Heuschreckenplage und Großwetterereignisse ausgelöst wurden, dramatisch verschärft. Vor allem die Situation von Geflüchteten weltweit verschlechtert sich drastisch im Zuge der Pandemie. **Auch hier sollten konkrete Zeichen gesetzt werden: Mit Hilfe massiver EU-Unterstützung für Griechenland sollten etwa die völlig überfüllten Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln aufgelöst, die Asylverfahren stark beschleunigt und anerkannte Flüchtlinge in aufnahmewillige EU-Staaten umgesiedelt werden.**

4. Rechtsterrorismus bekämpfen

Bestehende gesellschaftliche Brüche werden durch Corona noch sichtbarer. Auf der einen Seite gefährden extremistische, demokratiefeindliche Gruppen durch die Verbreitung von Hassrede und Verschwörungstheorien die Grundfesten freiheitlicher und pluraler Demokratien. Wir begrüßen daher grundsätzlich, dass der Bundestag am Donnerstag ein Gesetz ge-

gen Hasskriminalität im Internet verabschieden will. **Das Friedensgutachten** setzt sich insbesondere mit transnationalen, rechtsextremistischen Netzwerken auseinander und **fordert die Bundesregierung auf, Rechtsterrorismus explizit als solchen zu benennen und diesen nachhaltig zu bekämpfen.**

Auf der anderen Seite verdeutlichen die jüngsten Demonstrationen gegen Rassismus in den USA und in Westeuropa, dass Protestbewegungen ein großes Potenzial für gesellschaftlichen Wandel beinhalten. Das Friedensgutachten richtet seinen Blick vor allem auf die jüngste Welle weltweiter Proteste gegen autoritäre Regime wie etwa in Hongkong. Der Bundesregierung fehlen momentan allerdings strategische Leitlinien, wie sie auf Protestbewegungen und die von ihnen ausgelösten politischen Umbrüche reagieren soll. Oftmals war in der Vergangenheit der Maßnahmeneinsatz in Teilen widersprüchlich und ließ keine Strategie erkennen. Um mehr konzeptionelle Klarheit und eine höhere Konsistenz praktischer Politik zu erreichen, **fordert das Friedensgutachten die Bundesregierung auf, ihre finanzielle Hilfe für Regierungen an die Bedingung zu knüpfen, dass zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten gewährt werden.** Dies ist angesichts zunehmender Repression im Zeichen der Corona-Pandemie umso dringlicher.

Der Umgang mit der Corona-Pandemie verdeutlicht aber auch, dass politisches Umdenken und tiefgreifende gesellschaftliche Änderungen möglich und machbar sind – wenn der politische Wille besteht. Corona stellt daher die Chance dar, um bei wichtigen Zukunftsfragen mutige Schritte einzuleiten. Zu nennen sind zum einen die Klimapolitik, zum anderen Europa.

5. Nachhaltige Klimapolitik ist vorausschauende Friedenspolitik

Wir fordern, das jetzige Zeitfenster zu nutzen, um endlich den strukturellen Wandel hin zu einer nachhaltigen Klimapolitik anzugehen. Das Friedensgutachten widmet sich besonders den Auswirkungen des Klimawandels auf Gewaltkonflikte. Es stellt fest, dass der Klimawandel bereits gegenwärtig in vielen Regionen die Lebensbedingungen erheblich beeinträchtigt, das Konfliktrisiko steigert und eine nachhaltige Friedenssicherung erschwert. Unbestritten ist Klimawandel ein Stressfaktor und Risikomultiplikator in bereits konflikträchtigen Situationen, der mit steigender Erwärmung zunimmt. Dies gilt insbesondere in Regionen wie West- oder Ostafrika, wo bereits jetzt die Lebensbedingungen schlecht und institutionelle Strukturen fragil sind. Friedenspolitische Vorsorge gegenüber Klimarisiken muss Unterschiede zwischen den Verursachern und den Geschädigten der Klimaveränderungen berücksich-

tigen. Gefordert sind Politiken und Instrumente, mit denen eine kooperative Bewältigung des Klimaproblems und eine nachhaltige Friedenssicherung erfolgen können. **An der Schnittstelle von Klima-, Entwicklungs- und Friedenspolitik sollte die Bundesregierung Frühwarnung, Krisenprävention und die Analyse friedensrelevanter Auswirkungen des Klimawandels stärken.** Eine zivile Klimapolitik aus Emissionsvermeidung und Klimaanpassung muss konflikt sensitiv sein, um unbeabsichtigte negative Folgen zu vermeiden.

6. Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Identität der EU

Auch steht – gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Isolationismus der USA – die Frage nach der zukünftigen Sicherheitspolitik voran. Die jüngsten Diskussionen in Deutschland über nukleare Teilhabe oder die Anschaffung bewaffneter Drohnen benötigen eine grundsätzliche öffentliche Auseinandersetzung über die zukünftige Sicherheits- und Friedenspolitik. **Der von Donald Trump angekündigte Teilabzug von US-Streitkräften aus Deutschland sollte daher zum Anlass genommen werden für eine öffentliche Diskussion über eine Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Identität der Europäischen Union – auch jenseits der NATO.**

So stellt Corona – wie im Titel des Friedensgutachtens ausgeführt – eine Chance für Europa dar. Das europäische Projekt – ohnehin geschwächt durch BREXIT und Rechtspopulismus – befindet sich am Scheideweg. Ausgerechnet der Kampf gegen ein Virus, das sich in hoher Geschwindigkeit global verbreitet hat, wurde in Europa über Monate hinweg vor allem mit den Mitteln nationaler Politik geführt. Erst allmählich wird den politisch Verantwortlichen klar, dass Lösungen nur gemeinsam und staatenübergreifend gefunden werden können. **Aus der Corona-Krise muss daher die Erkenntnis erwachsen, dass die Europäische Union nun erst recht gestärkt werden sollte.** Hierbei geht es nicht allein um Konjunkturpakete, sondern auch darum, wie man innerhalb der Europäischen Union in Zukunft partnerschaftlich und fair miteinander umgeht. Nicht zuletzt angesichts autokratischer Entwicklungen in Ländern wie Ungarn und Polen kommt es jetzt darauf an, einen strategischen Diskurs über nicht-hintergehbare Normen innerhalb der Europäischen Union zu führen – gerade was Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte und Demokratie angeht. Ein handlungsfähiges, multilateral ausgerichtetes Europa ist wichtiger denn je.

Als problematisch kritisiert das Friedensgutachten aber auch, dass das „Friedensprojekt Europa“ gegenwärtig dadurch gestärkt werden soll, dass die europäische Rüstungskooperation vorangetrieben wird – ohne die europäische Rüstungsexportkontrolle zu stärken. De facto

droht, dass die Schwelle für Rüstungsexporte aus EU-Ländern in Kriegsgebiete herabgesetzt wird, was aus friedenspolitischer Warte nicht zu vertreten ist.

Insgesamt lässt sich resümieren, dass die Politik der Bundesregierung in den verschiedenen Feldern der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik dem Prinzip des Multilateralismus verpflichtet ist; dies begrüßen wir grundsätzlich. Deutschland vermag allerdings nur punktuell, wichtige friedenspolitische Akzente zu setzen. Hier zu nennen sind etwa die Libyenkonferenz im Januar 2020, Deutschlands proaktive Rolle in multilateralen Prozessen oder Deutschlands starke finanzielle Beteiligung an der humanitären Nothilfe. Gerade mit Blick auf die globalen Herausforderungen – auch jenseits der Corona-Pandemie – werden neue, multilaterale Initiativen erforderlich sein, um den weltweit erstarkenden Nationalismen entgegenzuwirken und um eine neue Friedensarchitektur zu bauen. Hier ist die Bundesregierung gefordert.

Die herausgebenden Institute

Bonn International Center for Conversion (BICC)
Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Kontakt

Barbara Dörrscheidt

Ansprechpartnerin für Presseanfragen

doerscheidt@hsfk.de

Telefon +49 69 959104-13

www.friedensgutachten.de

Twitter: [@PeaceReport](https://twitter.com/PeaceReport) #friedensgutachten2020